

# Bundesanwaltschaft bittet Malaysia um Rechtshilfe

**Im Strafverfahren gegen ehemalige Organe des Staatsfonds «1 Malaysia Development Berhad», bei dem es um undurchsichtige Überweisungen geht, ersucht der Bund Malaysia um Rechtshilfe.**

30.01.2016



Die Bundesanwaltschaft hat Anhaltspunkte für Veruntreuung: 1MDB-Logo in der Nähe der Petronas Twin Towers in Kuala Lumpur. (Juli 2014) Bild: Joshua Paul/Keystone

Das im August 2015 aufgenommene Verfahren richtet sich gegen zwei ehemalige Organe von «1 Malaysia Development Berhad» (1MDB) sowie gegen Unbekannt. Es geht um Bestechung fremder Amtsträger, ungetreue Amtsführung, Geldwäscherei und ungetreue Geschäftsbesorgung, wie die Schweizer [Bundesanwaltschaft](#) (BA) mitteilte. Gelder sollen auch auf Schweizer Konten von ehemaligen malaysischen Beamten gelandet sein.

## **4 Milliarden US-Dollar mutmasslich veruntreut**

Es gebe ernsthafte Anhaltspunkte für eine Veruntreuung zum Nachteil des malaysischen Staates, schrieb die BA. Die betroffenen Gelder seien für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes bestimmt gewesen.

Vier strafrechtlich relevante Sachverhalte aus der Zeit von 2009 bis 2013 sind laut BA bisher bekannt. Sie schrieb von einem «jeweils systematischen Vorgehen mit einem ausgeklügelten Finanzprodukt». Gelder von ungefähr 4 Milliarden US-Dollar sind laut der BA «mutmasslich veruntreut» worden.

Bereits ermittelt wurde, dass ein kleiner Teil des Geldes auf Konten von verschiedenen ehemaligen malaysischen Beamten in der Schweiz landete. Doch auch ehemalige und aktuelle Beamte der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) sollen Geld erhalten haben. 2015 blockierte die BA Beträge in US-Dollar in zweistelliger Millionenhöhe auf Schweizer Konten.

## **Bruno-Manser-Fonds begrüsst Fortschritte**

Der Bruno-Manser-Fonds begrüsst in einer Mitteilung vom Samstag «den Beitrag der Schweizer Justiz zur Aufklärung der tiefgreifenden Korruption auf höchster Regierungsebene in Malaysia». Die Umweltschutzorganisation, die sich in erster Linie für die Erhaltung des Regenwaldes auf Borneo einsetzt, hatte nach eigenen Angaben im Dezember 2014 und im Juni 2015 Strafanzeige erstattet.

Weil die Korruption in Malaysia seine Arbeit erschwert, engagiert sich der Fonds neuerdings auch für deren Bekämpfung. Die Organisation erwartet nun, dass auch die involvierten Schweizer Finanzinstitute zur Rechenschaft gezogen werden, wie es weiter heisst.

### **Aufmerksam machen**

Zum mutmasslichen Schaden nahmen die betroffenen malaysischen Gesellschaften noch keine Stellung. Mit der Bitte um Rechtshilfe will die BA diese Gesellschaften und auch den malaysischen Staat auf die Ermittlungserkenntnisse aufmerksam machen und herausfinden, ob ein Schaden dieses Ausmasses entstanden ist.

Die Zusammenarbeit der Schweiz mit Malaysia hatten Bundesanwalt Michael Lauber und der malaysische Generalstaatsanwalt im September 2015 in Zürich besprochen. Das Rechtshilfeersuchen sei nun eine Konkretisierung der dabei getroffenen Grundsatzvereinbarung, schrieb die BA. (nag/sda)